

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsberatungen sind ein mühseliges Geschäft. Es wird gestritten, abgewogen, verhandelt, Kompromisse werden gefunden und am Ende kann sogar ein gemeinsames Ergebnis stehen. Dazu müssen sich aber die Verhandlungspartner zusammenraufen, es muss eine Gesprächsbasis geben auf der ein Ergebnis gründet. In Lüdinghausen haben wir erstmalig im Jahr 2015 diese gemeinsame Gesprächsbasis unter den Ratsfraktionen gefunden. Auch wenn am Ende eine deutlich unterschiedliche Bewertung der Beratungen erfolgte, so war dennoch ein Anfang gemacht. Immerhin verständigten sich die Ratsfraktionen darauf die Verwaltung zu beauftragen die mittelfristige Finanzplanung der Jahre bis 2018 fortzuschreiben. Rückblickend kann aus heutiger Sicht festgestellt werden, dass es diese Finanzplanung nicht gab. Rückblickend von heute, hätte sie eine Grundlage in der Abwägung von wichtigen Entscheidungen sein können. Dazu komme ich noch später. Die Beratungen wurden im Jahr 2016 sogar noch um den Bürgermeister erweitert. Damit konnten viele Fragen und Änderungswünsche schon vor den Einzelberatungen in den jeweiligen Ausschüssen angesprochen werden. Für die UWG waren zwei wichtige Meilensteine im Jahr 2016 festgezurr worden:

1. Die Kostenobergrenze von 8,7 Mio. Euro für den Bau der Leistungssporthalle und
2. Am Ende des Jahres 2016 sollte es eine Entscheidung über die Zukunft unseres Hallenbades geben.

Es schien, als würde man in Lüdinghausen zukünftig andere, neue Wege gemeinsam gehen wollen. Erstmals konnte man vorsichtig optimistisch bei diesen beiden Projekten in die Zukunft schauen.

Aber am Ende des Jahres 2016 müssen wir leider konstatieren, dass es für das Hallenbad ganz anders als vereinbart ausgegangen ist. Im Jahr 2016 fanden die Workshops unter Beteiligung der Verwaltung, der Ratsfraktionen, der Schulen, der Vereine und der organisierten Nutzergruppen statt. Am Ende dieses Prozesses waren sich alle Beteiligten einig, dass ein Neubau einer Sanierung der Vorzug zu geben sei. Alle waren sich einig, bis auf einer. Der Bürgermeister hatte in den Workshops mehrfach die Ingenieurbüros vorgeschoben, um der von ihm gewünschten Sanierung zum Durchbruch zu verhelfen. Die Schulen und Sportvereine ließen sich bei diesem durchsichtigen Manöver jedoch nicht von ihrer Meinung abbringen. Was machte nun der Bürgermeister mit diesem Ergebnis, dass nicht seinem Wunsch entsprach? Ganz einfach ignorieren und die Teilnehmer frustriert nach Hause schicken. Vielen Dank Herr Borgmann, Sie haben den Teilnehmern gezeigt, dass man aus einem Workshop unter ihrer Leitung eine Quasselbude machen kann. Ich für meinen Teil hätte diese Zeit gerne bei meiner Familie verbracht. Das Sie, Herr Borgmann die 500 tausend Euro für das Hallenbad aus 2016 in das Jahr 2017 übertragen, und sich dafür noch feiern lassen wollen kann man nur als Kalauer für die bevorstehende Karnevalszeit bezeichnen. Ganz konkret jedoch haben Sie bei einigen Teilnehmern für eine ordentliche Portion Politikverdrossenheit gesorgt. Sie haben das Hallenbad vorübergehend beerdigt, aber die UWG wird Sie nächstes Jahr daran erinnern.

Im Hinblick auf gemeinsame Haushaltsberatungen im Jahr 2017 war das eine schwere Hypothek. Es sollte jedoch noch besser kommen. Schon in den Beratungen zum Haushalt des Jahres 2015 hat die UWG die Kostenschätzung von 8,7 Mio. Euro für den Bau der Leistungssporthalle als kritisch angesehen. Wir haben genau an dieser Stelle vor zwei Jahren schon einen Kostenbedarf von 10

Mio. Euro vorhergesagt. Einige in diesem Raum haben uns dafür belächelt, um es milde zu formulieren. Heute wissen wir, dass wir damals auch nicht richtiglagen. Am Ende werden es wohl eher 11 Mio. Euro sein. Der Kostendeckel wird vom Bürgermeister und den übrigen Fraktionen einfach ignoriert. Beschlüsse des Rates aus dem letzten Jahr sind einfach nur Schall und Rauch. Es gab noch nicht einmal den Anschein irgendwo an diesem Millionengrab Einsparungen vorzunehmen. Wir dürfen heute schon gespannt sein, welche Nachforderungen dann noch in der Bauphase auf uns zukommen werden. Den Architekten und Projektsteuerer kümmert es wenig, die Entscheidung des Rats steht ja und wenn es teurer kommt wird die Stadt schon bezahlen. So läuft das häufig und in diesem Plenum nimmt man es nur Achselzuckend zu Kenntnis. Für uns steht fest: Die Leistungssporthalle ist finanzieller Irrsinn, das Projekt müsste auch im Hinblick auf die anderen Projekte in unserer Stadt, die viel wichtiger sind, gestoppt werden. Aber die Devise bei den beiden großen Fraktionen und beim Bürgermeister lautet jetzt: Augen zu und durch! Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, versichern, bei der Leistungssporthalle werden wir am Ball bleiben.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung bei diesen beiden Projekten wundert es niemanden, dass es in diesem Jahr keine Gesprächsangebote zu gemeinsamen Haushaltsberatungen gegeben hat.

Meine Damen und Herren,

die Entwicklung der Schullandschaft in Lüdinghausen ist und bleibt eine Herzensangelegenheit der UWG. Jetzt unter diesen äußeren finanziellen Rahmenbedingungen in unsere Schulen zu investieren ist mit Sicherheit eine gute Investition in die Zukunft unserer Stadt. Wir glauben an die Zukunft von Lüdinghausen und damit hoffen wir junge Familien für unsere Stadt begeistern zu können. Diese Familien können weiterhin daraufsetzen, dass diese Priorität

für unsere Planungen Bestand haben wird. Wir unterstützen weiterhin die Neu- und Umbaumaßnahmen an der Sekundarschule. Allerdings gibt es auf dieser Sonnenseite auch Schatten. Wir erinnern uns, dass das Gutachterbüro in einer ersten Schätzung für den Umbau von einem Kostenbedarf von ca. 700.000 Euro ausgegangen ist. Wir erinnern uns auch, dass bei der Entscheidung der Eltern für die Sekundarschule die geringeren Kosten im Vergleich zu einer Gesamtschule mit ca. 3 Mio. Euro ein gewichtiges Argument waren. Die Gesamtkosten für die Sekundarschule werden sich ohne die neue Turnhalle jetzt schon auf 4,6 Mio. Euro belaufen. Wobei für die Sanierung und den Umbau eine Pauschalsumme von 2 Mio. Euro angesetzt wurde. Die Diskrepanz zu allerersten Schätzung mit ca. 700.000 Euro zu den nun berechneten Kosten von 4,6 Mio. Euro ist zu groß um einfach darüber hinweg zu gehen. Bei beiden Berechnungen handelt es sich um den gleichen Gutachter. Bei der aktuellen Berechnung bemüht sich der Gutachter zwar diese Diskrepanz zu erklären, es bleiben jedoch berechtigte Zweifel an der Seriosität der ersten Berechnung. Wir gehen davon aus, dass die geschätzten Sanierungskosten in Höhe von 2 Mio. Euro nur ein Platzhalter sind und die Gesamtkosten am Ende bei über 5 Mio. Euro liegen werden. Rückblickend erscheint die erste Kostenschätzung von 700.000 Euro als reine Fantasiazahl, mit der eine Entscheidung über die Schulform in eine gewünschte Richtung beeinflusst werden sollte.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns bei den Schulen bleiben.

Die Ludgerischule hat im Bewusstsein der Ratsvertreter ein Mauerblümchendasein gefristet, bis wir letztes Jahr durch den Aufschrei der Elternschaft unliebsam geweckt wurden. Da sollten doch nur die Innentüren an der Schule ausgetauscht werden und bei genauerem Hinsehen stellte man fest, dass ein großer Teil der Schule abgerissen werden muss. Im ersten Moment

haben das einige für einen schlechten Scherz gehalten, aber so ist es wirklich in unserer Stadt passiert. Bei der Wahl zwischen einer Bestandssanierung mit weiteren unbekannten Kostensteigerungen und einem Abriss und Neubau, haben wir uns für einen Teilneubau entschieden. Diese Entscheidung ist richtig, aber eben auch mit 6,6 Mio. Euro sehr teuer. Es stellt sich dennoch die Frage wie es soweit damit kommen konnte. Wir erinnern uns noch gut, dass die Musikschule im Haus Westerholt von jetzt auf gleich geschlossen wurde und mit Millionenaufwand saniert werden musste. Wir hielten das damals für einen beklagenswerten Einzelfall im Umgang mit städtischen Immobilien. Nach dem Desaster an der Schule fragen wir die Verwaltung: Wie gehen Sie mit den ihnen anvertrauten Immobilien um? Warum werden die städtischen Immobilien nicht turnusmäßig auf Sanierungs- und Renovierungsbedarf hin untersucht und warum werden die notwendigen Finanzmittel nicht in den Haushalt eingestellt? Es ist auffällig, dass es schon im Jahr 2015 Gespräche an der Schule über eine Sanierung – bzw. Neubau gab. Der Rat wurde nicht informiert. Sollte dieses Thema aus dem Bürgermeisterwahlkampf herausgehalten werden oder hätte es negative Entscheidungen für andere Investitionsprojekte gegeben? Wir glauben nicht, dass dies auf Versäumnisse von Mitarbeitern der Stadtverwaltung zurück zu führen ist. Es gab schon in den Jahren davor, wie erst jetzt bekannt wurde, entsprechende Hinweise zwischen Mitarbeitern der Stadtverwaltung und Nutzern der Schule. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass Sanierungen solange hinausgeschoben werden müssen, bis eine umfangreichere Sanierung oder ein Neubau unausweichlich werden. Dies wird dann gerne als alternativlos dargestellt. Alternativlos ist es aber nicht, sondern es folgt einem System und dieses System heißt Borgmann.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor der Weihnachtspause hat der Bürgermeister stolz verkündet, dass das Jahr 2017 mit einem Überschuss von 2 Mio. Euro abgeschlossen wird. Die Neuverschuldung würde im Jahr 2018 von 5 auf 10 Mio. Euro steigen. Dies wäre eine Verdopplung des Schuldenstandes, aber dennoch schien alles im Griff zu sein. Nur zwei Monate später ist dieser Entwurf Makulatur. Tatsächlich wird der Schuldenstand im Jahr 2018 bei mehr als 13 Mio. Euro liegen und im Jahr 2019 bei 20 Mio. Euro. Wir werden im Jahr 2018 erstmalig Kassenkredite für die laufende Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,4 Mio. Euro und im Jahr 2019 von 1,6 Mio. Euro benötigen. Vorgesehen waren im Entwurf des Bürgermeisters eine schwarze Null. Es sieht für Lüdinghausen in der mittelfristigen Finanzplanung sehr düster aus. Dabei verbergen sich in diesem Haushalt gleich vier Faktoren, die den Etat weiter nach unten reißen werden. Die Schlüsselzuweisungen von 4 Mio. Euro waren in diesem Jahr eine Ausnahme und werden uns im nächsten Jahr bitterlich fehlen. Die drei anderen Faktoren können wir nur noch bedingt beeinflussen: Der Um- und Neubau der Sekundarschule dürfte den jetzt gesteckten Kostenrahmen sprengen, ebenso wie der Teilneubau der Ludgerischule. Ende 2018 muss die Leistungssporthalle endabgerechnet sein, da werden wir alle nochmal den Atem anhalten. Diese Risikofaktoren werden mal wieder ausgeblendet. Umso mehr rächt es sich jetzt, dass der Bürgermeister schon im Jahr 2015 wie ich oben angeführt habe, aus einer verlässlichen, mittelfristigen Finanzplanung ausgestiegen ist. Es war schon eine taktische Meisterleistung die Öffentlichkeit und den Rat jahrelang mit dem Gerede über die Leistungssporthalle von den städtischen Kernaufgaben abzulenken, nämlich die städtischen Gebäude, Schulen und Turnhallen in Schuss zu halten und fortlaufend zu sanieren und zu renovieren. Wir haben uns

mit der Kür beschäftigt und unsere Pflichten vernachlässigt. Das fällt uns allen, aber besonders dem Bürgermeister nun auf die Füße. Bei diesen Aussichten sollte man den Rotstift im städtischen Haushalt ansetzen. Aber weit gefehlt, stattdessen werden notwendige Finanzmittel zum Erhalt der baulichen Infrastruktur zusammengestrichen. Minderausgaben sind keine Einsparungen und führen in der Zukunft nur zu Mehrausgaben. Der Bürgermeister brennt ein Feuerwerk von Investitionen in ISEK, WasserBurgenWelt, StadtLandschaften, Sekundarschule, Ludgerischule und Leistungssporthalle ab. Aber, Herr Borgmann, unsere Verwaltung ist der Vielzahl und Komplexität dieser Projekte nicht gewachsen. Es ist seit zwei Jahren Routine geworden, dass Sie im Herbst einen Stau von Investitions- und Baumaßnahmen in Höhe von 2 Mio. Euro verkünden. Sie verkaufen damit der Öffentlichkeit einen ausgeglichenen Haushalt und lenken von wichtigen Dingen ab:

1. Der Haushalt wäre bei planmäßiger und zeitgerechter Umsetzung der Maßnahmen nicht mehr ausgeglichen, die schwarze Null mithin in Gefahr,
2. Die Verwaltung arbeitet an ihrer Leistungsgrenze und
3. Die Verwaltung ist nicht mehr in der Lage die städtische Infrastruktur substanzerhaltend zu pflegen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünschte ich könnte an dieser Stelle mit meinen Ausführungen enden und zum Fazit kommen. Aber das Kinoprojekt ist einfach zu wichtig, um es nicht auch wie meine Vorredner aufzugreifen und ins rechte Licht zu setzen. Sie, Herr Borgmann, wollten schon im Wahlkampf das Versprechen einlösen und so traf es sich prima, dass ein örtlicher Investor parat stand. Es wäre auch so schön gewesen, wenn man das Grundstück zu einem Schleuderpreis an den Investor abgetreten hätte, wenn nur die Opposition bei diesem schlechten Film als

Komparse mitgemacht hätte. Aber dann tauchten die sogenannten „Verhinderer“ des Kinos auf, die lautstark protestierten. Der Deal war so miserabel eingefädelt, der Kaufpreis so unverschämt niedrig, dass der schauspielernde Advokat sich zu der Aussage hinreißen ließ: „Bei dem Preis hätte das Geschäft rück abgewickelt werden müssen!“ Aber auf den ersten Kinofilm folgte die Fortsetzung. Jetzt sollte es zu einem fairen Wettbewerb kommen, quasi Shut-out mittels Interessenbekundungsverfahren. Bei einem Wettbewerb setzen wir allgemein Chancengleichheit voraus. Aber in diesem Interessenbekundungsverfahren wurden wie im Western mitten im Galopp die Pferde gewechselt, um einen uneinholbaren Vorsprung für den heimischen Investor heraus zu holen. Es wird ein Kindergarten vor das Kino gespannt und bei diesem Trick fühlt sich der auswärtige Mitbewerber zu Recht verschaukelt. Das ist nicht fair und das ist auch nicht chancengleich. Aber es entpuppt sich wie ein magischer Zaubertrick: Der heimische Investor bekommt den Zuschlag, die Stadt bekommt einen Kindergarten, ein Träger steht auch schon bereit und die Bürger bekommen ihr heiß ersehntes Kino und alle sind glücklich. Eine traumhafte win-win Situation, wenn man an Zufälle glaubt. Zufällig jedoch hat der auswärtige Mitbewerber ein interessantes Alternativangebot.

Wir haben nun die Wahl zwischen einem Dachkindergarten mit angehängtem Kino und einem Kino in unserer Neuen Mitte in dem Lifestyle und Wohnen architektonisch verbunden werden. Das passt nun gar nicht ins Konzept der Verwaltung. Fortan reden wir nur noch über Kindergartenbedarfe, aber es geht hier um ein Kino und nicht um fehlende Kindergartenplätze. Ihre Taktik, Herr Borgmann, ist leicht zu durchschauen. Sie versuchen die Diskussion auf das Thema Kindergarten zu lenken und gleichzeitig die Diskussion über das Kino in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzungen zu schieben. Das verfängt bei uns nicht. Ein Dachkindergarten auf einem Supermarkt ist so absurd für Lüdinghausen, dass es schon lächerlich ist. Wenn man aber die Kindergartenfrage ausklammert, dann bleibt vom Apollon Angebot nur ein Kino

mit Supermarkt über. Demgegenüber ist das Angebot von Assmann/Lorenz in der Vielfalt der baulichen Nutzungen das bessere.

Aufgabe des Rates, der Fraktionen und jedes Stadtverordneten ist es, die Arbeit der Verwaltung politisch zu kontrollieren. Die UWG nimmt diese Aufgabe seit je her sehr ernst. Beim Kinoprojekt haben wir es mit einem örtlichen Bauunternehmer zu tun, der mit einem CDU Fraktionsmitglied zusammen als Investor auftritt. Auf der anderen Seite will der CDU Bürgermeister sein Wahlkampfversprechen einlösen. Dazu soll ein 9.000 qm großes Filetgrundstück in bester Innenstadtlage verkauft werden. Es geht um Investitionen von gut 25 Mio. Euro. Bei dieser Interessenlage soll und muss das Geschäft sauber sein. Die UWG hat in der Sitzung des HFA am 06. Dezember und in der letzten Ratssitzung die Angebote hinterfragt. Wir haben die Vergabeakte in der Stadtverwaltung eingesehen und wir haben mit dem Vertreter der beauftragten Kanzlei das Gespräch geführt. Die von der Verwaltung vorgelegten Berichte, Unterlagen und Bewertungen sind in ihrer Richtung klar tendenziös. In der Bewertung der gesamten Umstände des Verfahrens kann die UWG nicht ausschließen, dass der örtliche Investor über einen Informationsvorsprung zu verschiedenen Zeitpunkten des Verfahrens gegenüber dem Mitbewerber verfügte. An den Mutmaßungen darüber, wer wann welche Informationen durchgestochen hat, werden wir uns nicht beteiligen. Wir haben Zweifel an einem sauberen Verfahren und an Zufälle glauben wir bei diesem Projekt nicht. Es kommt jetzt darauf an wie sich die CDU Fraktion verhalten wird, wenn sie sich nicht dem Verdacht der Vetternwirtschaft aussetzen will.

Meine Damen und Herren,

der diesjährige Haushalt hebt nun den Schleier über die mittelfristige Finanzplanung. Wir steuern auf eine Rekordneuverschuldung hin. Antworten

auf diese Herausforderung präsentiert der Bürgermeister nicht. Viele Entscheidungen in den Einzeletats tragen wir mit wie zum Beispiel die Aufstockung für die Schulsozialarbeit, die Investitionen im Rahmen der Regionale in der Wolfsschlucht in Seppenrade und auch die Kostenübernahme für die Pflasterung am Sportzentrum von Fortuna, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Die Aufhebung des Kostendeckels für die Leistungssporthalle ist beispiellos und dies lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Genau wie wir den Haushalt insgesamt ablehnen.

Markus Kehl

UWG Fraktionsvorsitzender

Lüdinghausen, den 19. März 2017